

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan
am Donnerstag, dem 28.04.2016 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00

Ende:
20:00

Vorsitz

Stv. Jochen Sack

CDU-Fraktion

Stv. Nadine Bartz-Jetzki
Stv. Vincent Endereß
AM Sven Groters

SPD-Fraktion

Stv. Uwe Elker
Stv. Marion Klaus
AM Yvonne Streicher

WLH-Fraktion

AM Anneli Schniewind

FDP-Fraktion

AM Thomas Kirchhoff

Schriftführer

VA Christoph Tober

stimmberechtigte Mitglieder

AM Angelika Bachmann-Blumenrath
AM Hubert Gering
AM Dr. Reinhard Pech
AM Sabine Rother

Vertretung für AM Markus Knaup

beratende Mitglieder

AM Heinrich Beyll
Herr Peter Burek
AM Markus Helf
AM Thomas Küppers
AM Renate Tappen

Bürgermeisterin

Bürgermeister Dr. Bettina Warnecke

1. Beigeordnete/r

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella

Verwaltung

StOVR Udo Thal

Gäste

AM Gabriele Eckner

Herr Nam-Kyu Kim

Barbara Quednau

AM David Schmitz

Der Vorsitzende Jochen Sack eröffnet um 17:00 Uhr die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Anschließend findet die Verpflichtung von Herrn Nam-Kyu Kim von der Ev.-Ref. Kirchengemeinde Gruiten als neues stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied statt.

Die **CDU-Fraktion** fragt an, bei welchem Tagesordnungspunkt das mit der Einladung versendete LVR-Rundschreiben Nr. 42/926-2016 („Investive Förderung von Kindertageseinrichtungen - Ü3-Ausbau“) beraten werde. Die **Verwaltung** erläutert, dass das Schreiben lediglich „zur Kenntnis“ gedacht gewesen sei.

Öffentliche Sitzung

1./ Jugendfragestunde und Jugendparlament aktuell

Protokoll:

Der **Vorsitzende** bittet das Jugendparlament (JuPa) zu überprüfen, ob die jeweils montagabends anberaumten JuPa-Sitzungen ggf. anders terminiert werden könnten, da zeitgleich Fraktionssitzungen stattfänden. Für die Fraktionen sei es daher schwierig, Vertreter für die JuPa-Sitzungen zu entsenden. Die **CDU-Fraktion** regt an, den Beginn der JuPa-Sitzungen auf 18:45 Uhr vorzuverlegen. Es wird begrüßt, dass JuPa-Mitglieder an verschiedenen Ausschüssen teilnehmen würden.

2./ Kindertageseinrichtungen: Platzfehlbedarf 2016/17 und Bedarfsplanung 2017/18ff **Vorlage: 51/108/2016**

Protokoll:

In einleitenden Worten schlägt der **Vorsitzende** vor, die Vorlage Frage für Frage abzuhandeln.

Nach Erläuterungen der **Verwaltung** zu Frage 1 (Absagen und Platzfehlbedarf) fragt die **CDU-Fraktion** an, wie viele Zusagen für das Kindergartenjahr 2016/17 an gemeindefremde Kinder erteilt worden seien. Die **Verwaltung** informiert, dass es derer 23 gegeben hätte. **AM Herr Dr. Pech** fragt an, ob bei der Bedarfsberechnung auch Flüchtlingskinder berücksichtigt worden seien, die noch keinen Bedarf gemeldet haben. Die **Verwaltung** bejaht dies. Der **Vorsitzende** ergänzt, dass auf eine entsprechende Bedarfsmeldung bzw. (höhere) Nachfrage hinzuwirken sei. Die **CDU-Fraktion** fragt an, welche freien Platzkapazitäten in der Kindertagespflege noch vor-

handen seien. Die **Verwaltung** informiert, dass für das Kindergartenjahr 2016/17 aktuell lediglich 3 freie Teilzeitplätze in Großtagespflegestellen gemeldet worden seien. Zum „Übergang“ Kindertagespflege/Kindertageseinrichtung informiert der **Vorsitzende**, dass über eine Verbesserung bereits in der AG 78 eine Diskussion geführt worden sei. Die **CDU-Fraktion** regt eine optimierte Kopplung der beiden Betreuungsformen an, wozu aus Sicht von **AM Frau Bachmann-Blumenrath** das Anmeldeverfahren „kitaVM“ beitragen könnte.

Nach Erläuterungen der **Verwaltung** zu Frage 2 (Bedarfsdeckungsquote und gemeindefremde Kinder) zeigt sich die **CDU-Fraktion** erstaunt über die hohe und überdurchschnittliche Zahl gemeindefremder Kinder in Haaner Kindertageseinrichtungen. Die **SPD-Fraktion** fragt nach dem aktuellen Sachstand bzgl. Anwendung des interkommunalen Ausgleichs gem. § 21d KiBiz. Die **Verwaltung** informiert, dass der Ausgleich mit Besetzung der derzeit vakanten Stelle im Sachgebiet "Kindertageseinrichtungen" zeitnah umgesetzt werden solle, allerdings nur eine Teilrefinanzierung des Aufwandes darstelle.

Die **Verwaltung** erläutert zu den Fragen 3 (Berechnung der Bedarfsdeckungsquote und Relativierung der Zahl abgelehnter Kinder), 4 (Bevölkerungsvorausberechnung) und 5 (Hochrechnung und Planung) - ergänzt um den Hinweis auf eine für den Rat am 28. Juni 2016 vorgesehene Beratung des Erbbaurechtsvertrages Private Kindergruppe (Bachstraße) / einen voraussichtliche Baubeginn im Herbst 2016.

Die **CDU-Fraktion** fragt an, ob die Mittel aus dem Ü3-Investitionsprogramm des Landes bei dem Projekt „Bachstraße“ eingesetzt werden können. Aus Sicht der **Verwaltung** sei derzeit noch offen, ob die Frist für die Antragstellung (30.08.2016) erreicht werden könne. Eine mögliche Verwendung der Mittel für den Neubau der städtischen Kindertageseinrichtung in der Robert-Koch-Straße werde derzeit geprüft. **AM Herr Dr. Pech** weist darauf hin, dass zusätzlich zu den Ausführungen der Vorlage ein wahrscheinlich weiter steigender (U3)Bedarf zu berücksichtigen sei. Der **Vorsitzende** regt einen Grundsatzbeschluss für die Prüfung von Standorten bzw. für den Bau einer neuen Kindertageseinrichtung an. Die **SPD-Fraktion** fragt an, a) ob Überbelegungen bei der Mittelbeantragung beim Land im März berücksichtigt worden seien, b) wie der festgestellte Fehlbedarf gedeckt werden könne und c) ob dafür die städtische Kindertageseinrichtung Alleestraße in Betrieb gehalten werden könne. Die **Verwaltung** bejaht Anfrage a) und erläutert zu b), dass Lösungen wie u.a. eine Vergrößerung des Neubaus der städtischen Einrichtung in der Robert-Koch-Straße geprüft würden. Zu c) führt die Verwaltung aus, dass der Betrieb der Einrichtung in der Alleestraße aufgrund baulicher/räumlicher Mängel befristet sei und die Betriebserlaubnis ebenso wie die der Einrichtung der Privaten Kindergruppe in der Bachstraße an einen Neubau gekoppelt sei. Die **Bürgermeisterin** wirft ein, dass die Beratungen über Standorte bzw. den Neubau einer Einrichtung in Gesamtschau mit einer Regelung bzgl. der hohen Zahl gemeindefremder Kinder zu sehen sei. **AM Herr Dr. Pech** bemerkt, dass der festgestellte Fehlbedarf exklusive gemeindefremder Kinder sei und demnach einen Mindestbedarf darstelle. Die **CDU-Fraktion** erklärt, die Aufnahmekriterien der Träger nachvollziehen zu können, die hohe Zahl gemeindefremder Kinder aber dennoch abzusenken sei und schlägt daher vor, ab dem Kindergartenjahr 2017/18 grundsätzlich keine gemeindefremden Kinder mehr aufzunehmen und über entsprechende Ausnahmen das Jugendamt entscheiden zu lassen. Auch werde vorgeschlagen, Erweiterungsmöglichkeiten in bestehenden Einrichtungen zu prüfen. Die **SPD-Fraktion** fragt an, ob die gemeindefremden Kinder trägerscharf ermittelt werden könnten.

Die **Verwaltung** bejaht dies (siehe unten: nachrichtliche Darstellung). Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass aufgrund der Trägerstruktur und der unterschiedlichen Aufnahmekriterien eine Absenkung der Zahl gemeindefremder Kinder auf „0“ unrealistisch sei und die Aus-/Anbauoptionen in bestehenden Einrichtungen weitestgehend ausgeschöpft seien. Er schlägt daher einen Grundsatzbeschluss des Rates für den Bau einer neuen Kindertageseinrichtung vor sowie eine Beauftragung der Verwaltung für die Ermittlung von Standorten für einen Neubau. Die **CDU-Fraktion** möchte zunächst geprüft wissen, ob eine Kombination aus An-/Ausbauten und Aufnahmestopp für gemeindefremde Kinder den Platzfehlbedarf nicht bereits decken könnte. Die **WLH-Fraktion** merkt an, dass die derzeitigen Überbelegungen in den Kindertageseinrichtungen untragbar seien und unterstützt den vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Grundsatzbeschluss. Die **SPD-Fraktion** fragt an, ob es eine belastbare Rechtsgrundlage für einen Aufnahmestopp bzw. eine Quotierung gemeindefremder Kinder gäbe. Der **Vorsitzende** erklärt, dass verschiedene Regelungen denkbar seien, z.B. formelle Vorgaben, Satzungen, JHA-Beschlüsse etc.. Die **CDU-Fraktion** gibt zu bedenken, dass sich mit einer Kopplung des Aufnahmestopps alleine an die Defizitabdeckung „oberhalb KiBiz“ (gemäß Vorlage 51/109/2016) keine spürbare Absenkung der Zahl gemeindefremder Kinder erreichen lassen werde.

Der **JHA** schlägt vor, dass die Verwaltung gemeinsam mit der AG 78 verbindliche Kriterien zur Aufnahme gemeindefremder Kinder erarbeitet und in den kommenden Jugendhilfeausschuss einbringt.

Die **FDP-Fraktion** fragt an, ob bei den gemeindefremden Kindern solche mit (z.B. MitarbeiterInnenkind) und solche ohne Bezug zu Haan quantifiziert werden könnten. Die **Verwaltung** erklärt, dies aktuell nicht beantworten zu können und die Sache ggf. im Rahmen der AG 78 aufzubereiten sei. **AM Herr Dr. Pech** weist darauf hin, dass die AG 78 bereits Aufnahmekriterien verabschiedet hätte. Der **Vorsitzende** erwidert, dass diese Kriterien ergänzend mit dem Ziel zu hinterlegen seien, dass die Zahl gemeindefremder Kinder in Haaner Kindertageseinrichtungen zu reduzieren ist. Er schlägt daher vor, im Juni eine zusätzliche JHA-Sitzung einzuplanen, in der die in der AG 78 erarbeiteten Kriterien - anhand derer das Jugendamt über eine Aufnahme entscheiden kann - vorgestellt werden. **AM Frau Rother** führt aus, dass sie eine sachliche Verknüpfung von Aufnahmepraxis und Defizitabdeckung kritisch sehe und plädiert für einen für alle Träger geltenden Grundsatzbeschluss. Die **Verwaltung** schlägt vor, die Beschlussfassung zu TOP 3 im JHA im Juni neu zu beraten und inhaltlich mit diesem TOP zusammenzuführen. Die **CDU-Fraktion** regt für die weiteren Beratungen eine Abfrage der Aufnahmekriterien für gemeindefremde Kinder in den umliegenden Städten an. **AM Herr Dr. Pech** verweist auf trägerhoheitliche Richtlinien bei der Aufnahmepraxis und äußert sein Unverständnis über den noch nicht umgesetzten interkommunalen Ausgleich. Der **Stadtelternrat** spricht sich dafür aus, dass Kinder mit Wohnsitz Haan bei der Platzvergabe vorrangig berücksichtigt werden und dafür verbindliche Aufnahmekriterien zu erarbeiten seien.

Im **JHA** besteht Konsens, dass die Verwaltung gemeinsam mit der AG 78 einen verbindlichen Kriterienkatalog zur Aufnahme gemeindefremder Kinder in Haaner Kindertageseinrichtungen entwickeln und in der kommenden Jugendhilfeausschusssitzung vorstellen soll (siehe Beschluss TOP 3) und TOP 3 daher - ohne Beratung in HFA/Rat - in die nächste JHA-Sitzung geschoben werden.

Unter dem Hinweis der Verwaltung, dass Ausbaumöglichkeiten in bestehenden Kindertageseinrichtungen ausgeschöpft seien, kommt es zur Abstimmung über den als Kompromiss gefundenen Beschlussvorschlag (vgl. auch Beschluss zu TOP 3).

Nachrichtliche Darstellung:

		2015/16	Zusagen 2016/17	Abgänge 2015/16
insg.		67	25	14
davon	AWO	8	1	2
	Ev. Kirchengemeinde	14	6	3
	Ev.-Ref. Kirchengemeinde	10	7	2
	kath. Kirchengemeinde	2	1	1
	Caritas	6	6	0
	Private Kindergruppe	9	0	2
	Waldorfkindergarten	17	4	4
<i>Hinweise: Durch zwischenzeitliche Zu-/Wegzüge können sich die Zahlen in Einzelfällen mittlerweile geringfügig verändert haben, Zusagen 2016/17: inkl. „Zuzugskinder“; Quelle: Jugendamt Stadt Haan; Stand: 03.05.2016</i>				

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, die Verwaltung zu beauftragen, Ausbaumöglichkeiten in bestehenden Kindertageseinrichtungen zu prüfen und mögliche Standorte für eine neue Kindertageseinrichtung zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3./ Finanzierung Kindertageseinrichtungen / Defizitabdeckung Vorlage: 51/109/2016

Protokoll:

Die **FDP-Fraktion** bittet die Träger darum, eine Stellungnahme zur Defizitabdeckung abzugeben. Die **Verwaltung** weist darauf hin, dass eine entsprechende Abfrage bereits erfolgt sei, der Rücklauf bislang aber nicht zufriedenstellend sei. Der **Vorsitzende** wünscht, dass die noch ausstehenden Rückmeldungen bis zur kommenden JHA-Sitzung eingereicht bzw. eingeholt werden. Im **JHA** besteht Konsens, die Beschlussfassung zu diesem TOP im JHA im Juni erneut beraten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der AG 78 einen verbindlichen Kriterienkatalog zur Aufnahme gemeindefremder Kinder in Haaner Kindertageseinrichtungen zu entwickeln und in der kommenden Jugendhilfeausschusssitzung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja- Stimmen bei 2 Enthaltungen

4./ Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe zur Integration von Flüchtlingen - Sachstandsbericht

Protokoll:

Die **Verwaltung** berichtet zum aktuellen Sachstand „unbegleitete minderjährige Ausländer“ (UMA), wonach die Sprachförderung zwischenzeitlich angelaufen sei und sich auch integrationsfördernde Sportangebote in Umsetzung befänden. Sie hebt das hohe ehrenamtliche Engagement rund um die UMA hervor und dankt für den Einsatz. Der **Vorsitzende** schließt den Tagesordnungspunkt unter dem Hinweis, dass das Thema ein wiederkehrender Tagesordnungspunkt sei, ab.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

5./ Kurzberichte zu laufenden Qualitätsentwicklungsprozessen

- AG Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen
- OGS Rahmenkonzept
- Netzwerk Kinderschutz
- Kinderbildungszentrum Bollenberg (Robert-Koch-Straße)

Protokoll:

Die **Verwaltung** berichtet, dass seit November 2015 regelmäßig die AG „Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen“ tage. Unter Federführung des Jugendamts beschäftige sich die AG mit Qualitätsentwicklung gemäß Bundeskinderschutzgesetz und der fachlichen Empfehlungen und den Qualitätsbereichen der Landesjugendämter. Teilnehmer der AG seien das Jugendamt und Einrichtungsleitungen aller KiTa-Träger. Ziel sei, Verfahren zu entwickeln bzw. Vereinbarungen zur Qualitätsentwicklung zu treffen, die in der AG 78 mit den Trägern abgestimmt und schließlich dem JHA vorgestellt werden sollen.

OGS Rahmenkonzept

Der **Vorsitzende** berichtet, dass ausgehend vom Qualitätszirkel OGS ein Entwurf des OGS-Rahmenkonzepts, in dem gemeinsame Standards zu verschiedenen Inhalten definiert werden, Mitte des Jahres in Verwaltung und Politik vorgestellt werden soll.

Netzwerk Kinderschutz

Die **Verwaltung** berichtet, dass gemäß Bundeskinderschutzgesetz seit Ende 2014

unter Federführung des Jugendamts und mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten Netzwerktreffen „Frühe Hilfen in Haan“ stattfinden würden. Teilnehmer seien Einrichtungen und Dienste/Dienstleister der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Gesundheits- und Sozialämter, Schulen, Krankenhäuser, etc.. Die Beteiligung liegt in der Regel bei rd. 30-35 TeilnehmerInnen. Das nächste Netzwerktreffen fände statt am 11. Mai 2016.

Kinderbildungszentrum Bollenberg (Robert-Koch-Straße)

Die **Verwaltung** berichtet, dass sich das Kinderbildungszentrum in seiner Konzeptionierung am Landesmodellprojekt in Kaarst-Büttgen orientiere. Befördert durch die räumliche Nähe von KiTa-Neubau, Grundschule und OGS sollen im Elementar- und Primarbereich räumliche und inhaltliche Vernetzungen entstehen. Erste Informations- und Beteiligungsgespräche mit den Kooperationspartnern sowie konzeptionelle Überlegungen hätten bereits stattgefunden. Ziel soll sein, gemeinsam die Kinder in ihrer frühkindlichen Bildung ihren Fähigkeiten entsprechend zu fördern und einen weitgehend kontinuierlichen Bildungsprozess zu ermöglichen.

Beschluss:

Die Kurzbericht werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

6./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Die **CDU-Fraktion** fragt nach dem Sachstand bzgl. Ausschreibung der OGS-Trägerschaft „Unterhaan“. Die **Verwaltung** teilt mit, dass die Ausschreibung mit Frist 30. Mai erfolgt sei.

AM Frau Tappen fragt unter Bezugnahme auf TOP 2 an, ob die Kindertagespflege in das KiTa-Anmeldeverfahren „kitaVM“ integriert werden könne. Die **Verwaltung** sagt eine Prüfung zu.

7./ Mitteilungen

Protokoll:

Der **Jugendreferent** teilt zur Skate- & Bike-Anlage Landstraße mit, dass das Gelände begangen wurde und einige Ergänzungen (wie z.B. Mülleimer) beschlossen worden seien, zu denen nun Angebote eingeholt würden. Im kommenden Jugendhilfeausschuss solle dazu wieder ein aktueller Sachstandbericht erfolgen. Er teilt weiter mit, dass der Jugendaustausch Haan-Eu aufgrund geringer Nachfrage und damit verbundener organisatorischer Schwierigkeiten auf dem Prüfstand sei. Abschließend informiert er über das Programm des „Kulturrucksacks“. Alle aktuellen Jugendmaßnahmen, Projekte und Termine zum Kulturrucksack usw. seien zudem auf den Seiten der Stadt Haan einsehbar (www.haan.de/index.phtml?mNavID=1581.1&sNavID=1581.1&La=1).